

[09.10.2010]

Unterrichtsminister Oliver Paasch wohnte Ratssitzung bei, um Rede und Antwort zu stehen

GDU und Grundschule bald gemeinsam an einem Standort

Von Petra Förster

Bütgenbach

Die Gemeinschaftsregierung und die Gemeinde Bütgenbach haben gemeinsam den Willen erklärt, auf dem Gelände der Grundschule Bütgenbach eine Niederlassung des Zentrums für Förderpädagogik zu bauen. Das Projekt war am Donnerstag Thema in der Sitzung des Gemeinderates.

Unterrichtsminister Oliver Paasch wohnte der Sitzung bei, um den Ratsmitgliedern zu diesem Tagesordnungspunkt Rede und Antwort zu stehen. Neben der Absichtserklärung über den Bau der Niederlassung stand auch ein entsprechender Nachtrag für die Kosten des Architekturbüros fhw zur Tagesordnung, das ursprünglich schon mit der Sanierung der Grundschule und dem Bau einer neuen Turnhalle beauftragt worden war. Der Auftrag wird nun entsprechend umformuliert.

Zuschüsse

Nach einem Energieaudit hatte die Gemeinde schon vor einiger Zeit Sanierungsmaßnahmen für die Grundschule in die Wege geleitet und entsprechende Zuschüsse bei der Wallonischen Region beantragt. Mit 500 000 Euro sollten die baulichen Verbesserungen zu Buche schlagen. Auch der Bau einer neuen Turnhalle war geplant. Zwischenzeitlich ist die Deutschsprachige Gemeinschaft an die Gemeinde herangetreten mit dem Wunsch, eine Niederlassung des Zentrums für Förderpädagogik auf dem Gelände der Gemeindeschule zu integrieren. »Schon im März war diese Idee aufgekommen«, erklärte Oliver Paasch. Damit der Unterrichtsminister Stellung beziehen bzw. auf Fragen antworten konnte, hatte Bürgermeister Emil Dannemark die öffentliche Sitzung unterbrochen. Vor dem Hintergrund der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit einer Behinderung und dem Förderdekret, das die Regierung im März 2009 verabschiedet hat, sollen Förderschulen nicht mehr isoliert existieren, sondern an Regelschulen angebunden werden. »Aufgrund des desolaten Zustandes der GDU in Elsborn wurde ein Neubau notwendig«, erklärte



Die Grundschule für differenzierten Unterricht (GDU) hat am jetzigen Standort keine Zukunft. Die Förderschule zieht um und wird der Grundschule in Bütgenbach angegliedert.

 [Größeres Bild](#)



Pläne für die Sanierung der Grundschule Bütgenbach bestanden bereits. Nun wird das Projekt erweitert und eine Niederlassung des Zentrums für Förderpädagogik integriert.

 [Größeres Bild](#)

Paasch, wie es zu der Zusammenarbeit kam. Die Regierung ihrerseits hatte die Absichtserklärung über das gemeinsame Projekt am Donnerstagmorgen gutgeheißen. Bauherrin soll die Gemeinde Bütgenbach sein, auf deren Grund die beiden Lehranstalten auch stehen werden. »Die Gemeinschaft wird sich ihre Rechte über einen Erbpachtvertrag sichern«, so Paasch weiter.

Auch über die Finanzierung sind sich die Partner einig, zitierte Schulschöffin Daniela Dannemark aus der Absichtserklärung: Die Gemeinschaft trägt die Kosten für die Umsiedlung der GDU zu 100 Prozent und zudem 80 Prozent der Kosten für die Baumaßnahmen der Grundschule Bütgenbach. Für die Gemeinde verbleiben 20 Prozent. Was nun wie genau gemacht wird, damit soll sich eine Arbeitsgruppe beschäftigen, der auch Mitglieder vom »Terrain« angehören. »Eine Schule muss mit Pädagogen und idealerweise auch mit Eltern gezeichnet werden und nicht am grünen Tisch eines Architekturbüros«, so Oliver Paasch. Erst wenn der Bedarf genau definiert ist, wird wohl entschieden, welche bestehenden Gebäude der Grundschule saniert und umgebaut werden und ob ein Neubau entsteht. Wichtig ist den Partnern, dass die GDU nicht isoliert in einem Eckchen untergebracht wird, sondern räumlich und inhaltlich ein richtiges Miteinander entsteht.

Bedarf

Elmar Heindrichs (GfA) beantragte eine getrennte Abstimmung für die Absichtserklärung und die Genehmigung des Nachtrages für das Architekturbüro. Die Absichtserklärung wurde einstimmig gutgeheißen, beim Nachtrag enthielten sich die sieben Mitglieder der Oppositionsfraktion GfA. Heindrichs und auch Edgar Fink kritisierten, dass die Gemeinschaft sehr wohl klar und deutlich ihren Bedarf definiere, die Gemeinde aber keine entsprechende Vorarbeit geleistet habe.

Sowohl Daniela Dannemark als auch Bürgermeister Emil Dannemark betonten, dass man zunächst die Planungen der Arbeitsgruppe abwarten wolle. Der Bedarf für die Grundschule sei nach dem Energieaudit durchaus ermittelt worden. Emil Dannemark legte zudem Wert darauf, dass die Planungen nun zügig vorangehen: »Wir haben die Zuschusszusage aus Namur und wollen nicht riskieren, dass die Fristen ablaufen«, so der Bürgermeister. Doch dies sei im Sinne aller Beteiligten.